

„Radikaler Sozialstaatsabbau?“ – Die SPD irrt gewaltig

Von Peter Helmes

Abschaffung des Bürgergeldes kein Angriff auf den Sozialstaat

Zwischen dem Prinzip ‚Fördern und Fordern‘ und einer Politik der sozialen Kälte liegt ein schmaler Grat – wie man gerade erst an der aufbrausenden Diskussion um das „Bürgergeld“ sehen kann.

„Neue Grundsicherung“ nennt die CDU ihr neues Konzept für eine Reform wichtiger sozialer Sicherungsbestimmungen. Und schon geht das Geschrei los – Stichworte: „Sozialabbau“, „ein Angriff auf den Sozialstaat“, „unsäglich“, „verantwortungslos“ und so weiter. Noch drastischer und noch tiefer geht’s nicht. Tiefer könnte – neben den üblichen Schreihälsen – nur noch die SPD als Ganzes fallen, deren lautstarke „Sozialmeinungsmacher“ sich mit ihrer sofortigen Abwehr eines jeglichen Verbesserungsgedankens einen Bärenienst erweisen. Die Methode ist gerade bei den Sozis nicht neu: Handeln nach der Methode „Haltet den Dieb!“ – statt endlich mal Vernunft walten zu lassen.

Die Union will damit nämlich den zumeist mißverstandenen – zumindest in die Irre leitenden – Begriff „*Bürgergeld*“ wieder abschaffen und an seine Stelle die ‚Neue Grundsicherung‘ setzen. Der Begriff ist ehrlicher und trifft auch mehr den Punkt, den ein Sozialstaat leisten muß. Dieser setzt auf die Solidarität der Leistungsfähigen mit den Schwachen. Diese Solidarität darf sich aber nicht zur Einbahnstraße entwickeln, in der staatliches Geld bedingungslos verteilt wird. Denn dann wird der Sozialstaat an Rückhalt in der Bevölkerung verlieren.

Selbst in der Ampel hat sich inzwischen herumgesprochen, daß beim Bürgergeld dringend Veränderungsbedarf besteht. Unter anderem, weil die Wirtschaft in vielen Sparten weiter händeringend Arbeitnehmer sucht. Die Abschaffung des Bürgergeldes ist auch deshalb kein Angriff auf den Sozialstaat, weil der Versuch, sich auf sein Wesen (des Sozialstaates) zu besinnen, durchaus Berechtigung hat – ja, sogar dringend erforderlich ist.

Auch kein Sozialdemokrat kann doch ernsthaft wollen, daß Arbeitsfähige von einem faktisch bedingungslosen Grundeinkommen dauerhaft gut versorgt werden. Schön blöd, wer sich da noch um eine Beschäftigung bemüht. Noch dümmter, wenn die Ampel hier nicht gegensteuert – und das im Angesicht von Hunderttausenden Flüchtlingen, von denen viele bleiben werden.

Auch hier muß gelten: Wer Schutz braucht, der wird geschützt. Wer Hilfe braucht, dem wird geholfen. Wer sich wieder selbst helfen kann, der muß nicht mehr von den anderen getragen werden.

Der (erwartbare) Irrtum der SPD zeigte sich bald – und deckt schonungslos die Naivität der Sozis in sozialen Fragen auf: Die CDU will den Sozialstaat nicht abschaffen, sondern vernünftig umbauen.

„Den Feinden der Demokratie spielt die CDU mit ihren Vorschlägen zur neuen Grundsicherung in die Hände“, wie der Sozialverband Deutschland formulierte. Keine Wortwahl ist zu drastisch, keine Empörung groß genug.

Dabei geht es nicht um die Abschaffung des Sozialstaates, sondern um dessen langfristigen Erhalt. Der Sozialstaat muß sich wieder auf seine wesentliche Aufgabe besinnen: Menschen in Notlagen zu helfen, damit sie wieder auf die Beine kommen. Solidarität und Eigenverantwortung sind dabei die Parameter. Dieses Zusammenspiel ist gründlich aus den Fugen geraten.

Mit ihrem Konzept für eine „Neue Grundsicherung“ legt die CDU keinen Plan für einen radikalen Sozialabbau vor. Es geht um Selbstverständlichkeiten für Menschen, die Sozialleistungen beziehen: Mitwirkungspflicht, eigenes Bemühen, Verantwortung. Menschen, die arbeiten können, sollen dies auch tun – sonst entfallen die Leistungen.

Realitätsverlust in den Jobcentern

Die deutsche Regierung hatte nach Einführung des Bürgergelds zum 1. Januar 2023 einen veritablen Zickzackkurs hingelegt, der für arbeitende Menschen nicht nachvollziehbar war. Zunächst durfte das Bürgergeld bei sogenannter Nichtmitwirkung nur um maximal 30 Prozent für die Dauer von drei Monaten reduziert werden. Jetzt, nach politischem Druck, darf bei Totalverweigerern befristet auf null gekürzt werden. Allerdings kommt das selten vor. Die Sanktionsraten liegen insgesamt bei rund 2 Prozent, was mehr über die Schwerfälligkeit des Jobcenter-Systems als über die Realität aussagt.

Dabei sind die Probleme beim Bürgergeld unübersehbar. Stichwort Termine: In den Berliner Jobcentern fallen rund 50 Prozent aller Termine aus, nicht weil die Leistungsempfänger absagen oder gar einen Job gefunden haben. Sie erscheinen einfach nicht. Konsequenzen hat das zunächst keine.

Die CDU geht jetzt davon aus, daß jemand, der drei Monate keinen Kontakt zum Jobcenter hatte, nicht mehr auf Hilfe angewiesen sei. Auch hier schlägt der gesunde Menschenverstand und nicht die Sozialkeule zu.

Sanktionen motivieren zur Jobaufnahme

Der Arbeitsmarktforscher Enzo Weber weist unermüdlich darauf hin, daß Sanktionen helfen, die Menschen wieder in Arbeit zu bringen: *„Sowohl bei den Personen, die sanktioniert werden, als auch bei denen, die nicht sanktioniert werden wollen.“*

Und noch eine wichtige Aussage trifft Weber, der am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) tätig ist: Immer weniger Menschen schaffen den Sprung vom Bürgergeld in den Arbeitsmarkt. Und das in Zeiten, wo allerorten Arbeitskräfte fehlen. Dafür muß man kein Verständnis haben.

Zur unbequemen Wahrheit gehört auch, daß überdurchschnittlich viele Zugewanderte Sozialleistungen beziehen. Derzeit sind es 62 Prozent aller Bürgergeld-Haushalte. Eingerechnet ist dabei auch die hohe Zahl von ukrainischen Kriegsflüchtlingen, deren Beschäftigungsquote mit etwas mehr als 20 Prozent ebenfalls sehr niedrig ist. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat zwar das Problem erkannt. Sein angekündigter Jobturbo zündete allerdings noch nicht.

Die Christdemokraten wollen eine Umkehr wagen: Auch wenn die Deutschkenntnisse noch nicht gut sind, ist es für die Menschen zumutbar, daß sie eine Arbeit aufnehmen. Andere europäische Länder gehen schon längst diesen Weg – mit Erfolg.

Die CDU will auch an die Hinzuverdienstgrenzen heran, um bessere Anreize zur Arbeitsaufnahme zu schaffen. Eine Reform ist dringend nötig.

Denn zur Realität gehört, daß sich für bestimmte Gruppen Arbeit kaum noch lohnt. Zwar haben Geringverdiener, die Vollzeit arbeiten, am Ende mehr als Sozialhilfeempfänger im Portemonnaie – aber nur, weil sie zusätzlich sogenannte aufstockende staatliche Hilfe beziehen. Mit dem Verdienst aus der eigenen Arbeit schaffen sie es nicht, wie Forscher des Kieler Weltwirtschaftsinstituts ausrechneten. Damit wird der Grundsatz, daß sich Arbeit für alle lohnen muß, mit dem Bürgergeld komplett ausgehebelt.

Das trifft umso mehr zu, als das Bürgergeld zweimal in Folge um 12 Prozent erhöht wurde. Welcher Arbeitgeber kann sich so etwas leisten? Umfragen – beispielsweise im Reinigungsgewerbe – zeigten, daß mehr als zwei Drittel der Unternehmer dort schon die Erfahrung gemacht haben, daß Beschäftigte ihre Arbeit aufgaben, weil sie lieber Bürgergeld beziehen wollen. Eine Kehrtwende ist dringend notwendig.

Im Übrigen will die CDU nicht nur kürzen, sondern auch erreichen, daß langjährig Versicherte länger Arbeitslosengeld beziehen können als bisher, wenn sie unverschuldet ihren Job verlieren. Im Zusammenspiel mit den verschärften Sanktionen für Faulenzer wäre damit eine weitere Gerechtigkeitslücke geschlossen.

Was also soll die Aufregung? Das Radikalste am Konzept der Union ist die Streichung des Begriffs Bürgergeld, der ihrer Meinung nach in eine falsche Richtung weist – in Richtung bedingungsloses Grundeinkommen.

Die CDU-Vorstellungen zur Grundsicherung sind weder ein Anschlag auf den Sozialstaat, noch wird mit der Verfassung gebrochen. Nur: Sozialleistungen sollen den wirklich Bedürftigen vorbehalten bleiben. Alles andere wäre ein Anschlag auf den Steuerzahler.

26.3.24